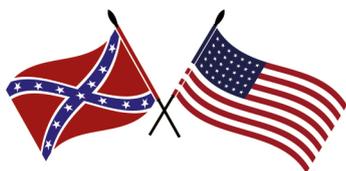


UDO SAUTTER



DER

AMERIKANISCHE BÜRGERKRIEG

1861-1865



NIKOL

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	7
I. Die Vorgeschichte.....	9
Süden und Norden.....	9
Die Krise kommt.....	14
Die Sezession.....	26
Wer war schuld?.....	44
II. Die Chancen beider Seiten.....	50
Die Siegesaussichten.....	50
Strategien und Mobilisierung.....	57
Soldaten und Waffen.....	69
Unterstützung von außen?.....	74
III. Erste Kampagnen.....	83
Frühe Kämpfe.....	83
Krieg im Westen.....	89
Krieg im Osten.....	96
IV. Die Heimatfronten.....	106
Der Norden.....	106
Der Süden.....	127
V. Die Befreiung der Sklaven.....	139
Die Wegsuche.....	139
Die Emancipation Proclamation.....	143
Schwarzes Militär.....	151
Der 13. Verfassungszusatz.....	159

VI. Kampf bis zur Entscheidung	161
Lee zieht nach Gettysburg	161
Entscheidung im Westen	174
Entscheidung im Osten	180
VII. Rück- und Ausblick	189
Zeittafel	192
Anregungen zu weiterer Lektüre	196
Präsidenten der Bürgerkriegszeit	198
Abkürzungen	198
Glossar	199
Register	203

I. Die Vorgeschichte

Süden und Norden

Im Bürgerkrieg der Vereinigten Staaten von Amerika kämpfte 1861 bis 1865 der Norden gegen den Süden. Die beiden Regionen hatten sich schon von Beginn der Besiedlung durch Weiße an voneinander unterschieden. Im Jahre 1607 ließen sich die ersten britischen Landsucher und Abenteurer in Virginia nieder, und die Kolonie prosperierte rasch durch Tabakanbau und entsprechende Plantagenwirtschaft. Sklaven verrichteten bald einen Großteil der körperlichen Arbeit. Als sich in der Region im Lauf der Jahrzehnte weitere Kolonien hinzugesellten, entwickelte sich dort die gleiche oder eine ähnliche Wirtschafts- und Sozialstruktur. Während hier die Sonne schien und der Boden der Landwirtschaft beste Voraussetzungen bot, war dies weiter im Norden anders. In dem heute Neuengland genannten Streifen entlang der Atlantikküste fanden die sich dort ab 1620 niederlassenden Puritaner weithin nur karges Land vor, das dem hier ebenfalls versuchten Ackerbau nur spärliche Erträge brachte. So mußte man den Lebensunterhalt größtenteils anders sicherstellen, oft durch Fischfang, Schiffsbau oder Holzexport. Hier war es kälter als im Süden, der Lebensstil war ein anderer, und Sklaven brauchte man nur wenige. Dies galt ebenso für die in der Region allmählich entstehenden Nachbarkolonien.

So war man sich schon zur Kolonialzeit in Amerika der Unterschiedlichkeit der beiden Regionen durchaus bewußt. Eine Abgrenzung gegeneinander resultierte hieraus jedoch nicht, wie das erfolgreiche Zusammenwirken während der Revolution gegen das britische Mutterland ab 1776 überzeugend zeigte. Falls über die Verschiedenheit überhaupt

nachgedacht wurde, so mochte man eher finden, daß durch sie das soziale, wirtschaftliche und politische Leben an Farbigkeit gewann und daß vorhandene Gegensätze dazu beitragen konnten, extreme Wucherungen zu verhindern. Das gemeinsame britische Erbe, das Revolutionserlebnis und die Teilhabe an der verbindenden Atlantikküste boten gute Voraussetzungen auch für künftige Zusammengehörigkeit. Und die nach der Erlangung der Unabhängigkeit 1783 mit Macht einsetzende Ausdehnung nach Westen war das Anliegen beider Regionen und konnte zu weiterer Angleichung führen.

Es kam jedoch anders. Es ist schwer, allen Ursachen für die fortschreitende Differenzierung zwischen Norden und Süden nachzugehen. Sicher spielte ab den 1830er Jahren die neue Einwanderung eine Rolle, die ganz überwiegend dem Norden zugute kam; auch die Industrialisierung schritt dort zügig voran und veränderte die Sozialstruktur. Beides brachte im Norden eine Abkehr von der Tradition oder zumindest deren Abschwächung. Britisches Erbgut und altväterliche Sitten bedeuteten immer weniger für eine Generation, die anders aufgewachsen und nur den Möglichkeiten der Zukunft geöffnet war. Damit ist freilich noch nicht erklärt, warum Einwanderung oder Industrialisierung nicht auch im Süden wirksam wurden und warum der Bürgerkrieg solche Leidenschaft und Bitterkeit weckte. Man kann nicht umhin, als stärkstes materielles und psychologisches Element der Verschiedenheit die Sklaverei auszumachen, die „besondere Einrichtung“ (peculiar institution), wie man sie in bezeichnend euphemistischer Weise im Süden nannte. Auch im Norden hatte man in kolonialen Zeiten Sklaven gehalten, aber während und nach der Revolution sorgten gesetzliche Maßnahmen für ein allmähliches Ende der Sklaverei. Daß ein Bundesgesetz, nämlich die Northwest Ordinance von 1787, das Gebiet der späteren Staaten Ohio, Indiana, Illinois, Michigan und Wisconsin von vornherein für immer sklavenfrei erklärte, entsprach dieser Entwicklung.

Auch die südlichen Staaten hätten vielleicht diesem allgemeinen Trend folgen können, der sich ja auch in Mittel- und Südamerika und auf den britischen Besitzungen Westindiens zeigte. Aber etwa ab Beginn der 1830er Jahre verstummten solche Stimmen. Den Anstoß für die südstaatliche Sonderentwicklung gab die Erfindung 1793 des mechanischen Baumwollentkörners. Diese bewirkte eine fast explosionsartige Ausdehnung des Baumwollanbaus. Mitte der 1790er Jahre erzeugte man

im gesamten Süden jährlich um die 10 000 Ballen Baumwolle. In den 1820er Jahren waren es auf nach Westen vergrößerter Anbaufläche gut eine halbe Million und dreißig Jahre später wiederum zehnmal soviel. Die Baumwollkultur aber war arbeitsintensiv.

Da die Unionsverfassung die Regelung der Sklavenfrage den einzelnen Staaten überließ, stand der Ausbreitung der Sklaverei kein Hindernis entgegen. Die Schwarzen spielten somit eine tragende Rolle bei der Urbarmachung des Südwestens. Um 1840 stellten sie in Alabama und Louisiana fast die Hälfte, in Mississippi sogar mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Freilich muß man dem auch gegenüberstellen, daß nur etwa ein Viertel der weißen Haushalte im Süden Sklaven besaß. Zur eigentlichen Pflanzeraristokratie, deren Angehörige fünfzig oder mehr Sklaven beschäftigten, gehörten um die Jahrhundertmitte etwa 8000 Familien, bei insgesamt rund 350 000 Sklavenhaltern. 70 000 besaßen nur einen Sklaven, 240 000 zwischen zwei und zwanzig, gut 30 000 zwischen zwanzig und fünfzig. 1810 zählte man im gesamten sklavenhaltenden Süden, also einschließlich der 1861 bei der Union verbleibenden Borderstaaten, 2,2 Millionen Weiße und 1,2 Millionen Sklaven. 1860 war das Verhältnis mit 7 Millionen Weißen gegenüber 3,8 Millionen Sklaven noch fast das gleiche. Auch der Anteil freier Schwarzer – knapp ein Zehntel der Sklavenbevölkerung – blieb konstant.

Es war vor allem der wirkliche oder angenommene finanzielle Nutzen, der den Süden die Sklaverei beibehalten ließ. Man beschäftigte Sklaven nicht nur in der Landwirtschaft und als Dienstboten, sondern auch als Handwerker, beim Häuser- und Straßenbau, in Eisengießereien, Textilfabriken und Tabakmanufakturen. Und so blieb die Sklaverei bestehen. Dieser an sich simple Sachverhalt hatte Auswirkungen über den Wirtschaftsbereich hinaus im sozialen Verhalten, in der Politik und im Geistesleben des Südens. Die Schwarzen in Knechtschaft zu halten bedeutete gleichzeitig die Fixierung einer gesellschaftlichen Privilegierung aller Weißen. Von hier aus erklärt sich das sonst widersinnige Phänomen, daß sich die große nichtsklavenhaltende Mehrheit der Bevölkerung mit den Sklavenhaltern in dieser Frage durchweg eines Sinnes zeigte. An sich hätten die ärmeren Weißen ja guten Grund gehabt, die lohndrückende Sklaverei abzulehnen. Aber sie standen im Gegenteil in geradezu eiserner Geschlossenheit hinter den aktiven Verteidigern der „besonderen Einrichtung“. Eine allgemeine Freigabe der Sklaven hätte

den einzelnen Weißen seiner Sonderstellung beraubt. Er war nicht willens, aus eigenen Stücken auf sie zu verzichten.

Damit reicht das Problem in den Bereich des Geistigen und Seelischen, wo selbst dem Psychologen nur Mutmaßungen möglich sind. Man kann aber vielleicht aus der gereizten Atmosphäre in den Jahrzehnten vor dem Bürgerkrieg, aus Reaktionen und Aktionen der südlichen Politiker und aus der unduldsamen Haltung der Masse der weißen Bevölkerung schließen, daß letztere selbst nicht völlig eins war mit sich und den vorhandenen Zuständen. Die Weißen im Süden der Vereinigten Staaten waren mit ihrer „besonderen Einrichtung“ eine Minderheit innerhalb der eigenen Nation – nicht zu reden von der übrigen abendländischen Welt, wo schließlich nur noch Kuba und Brasilien die Sklaverei kannten. Und diese Menschen wußten um den Tadel und die Mißbilligung, die ihnen von außen her zuteil wurden. Ob ihnen daraus ein gewaltiger Schuldkomplex erwuchs, wie gelegentlich vermutet wird, mag dahingestellt bleiben. Ganz gewiß waren sie sich ihrer Besonderheit stets in unguter Weise bewußt und konnten oder wollten doch keinen gangbaren Ausweg aus dem Dilemma finden. Der innere Zwiespalt und die Mißbilligung anderer förderten nicht den Willen zur Angleichung an die Umgebung, sondern brachten im Gegenteil eine Verhärtung des südlichen Standpunktes.

Die Sklavereifrage, die zuvor im öffentlichen Diskurs keine große Rolle gespielt hatte, trat etwa ab den 1820er Jahren mehr in den Vordergrund. Der Druck der öffentlichen Meinung außerhalb des Südens, der auf Beseitigung der Sklaverei zielte, wurde stärker. Ähnliche Agitation führte ab 1833 zu ihrer schrittweisen Abschaffung im britischen Empire, was man in den Vereinigten Staaten aufmerksam vermerkte. Auf der einen Seite wurden nun vermehrt apologetische Stimmen laut, welche sich bemühten, die „besondere Einrichtung“ mit biblischen, historischen oder wissenschaftlichen Argumenten zu rechtfertigen. Die Gegner der Sklaverei antworteten mit entsprechenden Widerlegungen. Hinzu kam, daß im Norden der Gedanke weit verbreitet war, daß die neuen Staaten im Westen sklavenfrei gehalten werden sollten („free soil“ movement), um Lohndrückerei zu vermeiden und damit den wirtschaftlichen Gewinn der dort sich Ansiedelnden nicht zu gefährden.

Es ist sicher richtig, die vor allem in den Nordstaaten gegen die Sklaverei gerichtete Agitation als Teil der in jenen Jahrzehnten auch auf an-

deren Gebieten des öffentlichen Lebens aktiven Reformbewegung zu sehen. Alkoholmißbrauch und die Benachteiligung der Frauen, Mißstände in den Gefängnissen, die Misere des Erziehungswesens und mancherlei anderes Verbesserungswürdiges wurden signifikante Zielobjekte des engagierten und oft auch enragierten Neuerungswillens sozialreformerisch Gesinnter. Den Abolitionisten, die für die Abschaffung der Sklaverei eintraten, gelang es dabei, den stärksten Einfluß auf die Öffentlichkeit zu gewinnen. Ihr eigentlicher Feldzug begann 1831 mit dem Erscheinen von William L. Garrisons Kampfblatt *The Liberator* in Boston. 1833 wurde die American Antislavery Society gegründet. 1840 umfaßte dieser Dachverband bereits rund 2000 lokale und regionale Gesellschaften mit zusammen über 200 000 Mitgliedern. Symptomatisch für die öffentliche Wirkung der Bewegung war auch der Erfolg, den Harriet Beecher Stowes rührselige Erzählung von *Uncle Tom's Cabin* (1851/52) erfuhr, von der im ersten Erscheinungsjahr bereits 300 000 Exemplare verkauft wurden.

Die Verschärfung des Streits um die Sklaverei wurde zu einem guten Teil durch die Ausdehnung der Republik nach Westen verursacht. Nach der Erlangung der Unabhängigkeit waren bis 1819 fünf neue Staaten in die Union aufgenommen worden, in denen Sklaverei gestattet war, nämlich Kentucky (1792), Tennessee (1796), Louisiana (1812), Mississippi (1817) und Alabama (1819). Damit standen den elf freien Staaten der Union die gleiche Anzahl von sklavenhaltenden gegenüber. Als sich 1819 das Missouri-Territorium um Aufnahme als Sklavenstaat bewarb, mußte sich das Gleichgewicht verschieben. Dies war auf Unionsebene vor allem deshalb wichtig, weil die Einzelstaaten über ihre Vertreter im Senat erheblichen Einfluß auf die Politik der ganzen Union zu nehmen vermochten. Schließlich einigte man sich in einem Kompromiß, aufgrund dessen 1820 noch vor Missouri der Nichtsklavereistaat Maine aufgenommen wurde, wodurch das Gleichgewicht gewahrt blieb.

Der sogenannte Missouri-Kompromiß hätte eigentlich den Streit um die Ausdehnung nach Westen beenden sollen, da er außerdem festlegte, daß künftig Sklaverei nur noch südlich einer Trennlinie 36° 30' nördlicher Breite, das heißt südlich der nach Westen verlängerten Südgrenze Missouris, zugelassen würde. Doch im Jahre 1850 trat unter Verletzung dieser Regelung California, das weiter als die Trennlinie nach Süden reichte, als sklavenfreier Staat in die Union ein. Somit war die Sklaven-

frage im Westen wieder offen. Ein Gesetz des Kongresses 1854 überließ es dann den Bewohnern der Territorien Kansas und Nebraska, selbst über die Einführung der Sklaverei zu bestimmen. Diese Entscheidung verursachte verständlicherweise große Empörung in den nördlichen Staaten. Eine Konsequenz hiervon war die Gründung der klar gegen die Sklaverei auftretenden Republikanischen Partei aus Elementen der bisherigen Whig-Partei, zu denen Free Soilers, Anhänger der nationalistischen American Party (Know-Nothing Party), Abolitionisten und andere stießen. Im Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 1856 konnte sich der Kandidat der noch jungen Partei, John C. Frémont, allerdings noch nicht auf eine gute Organisation stützen, und so gewann der Demokrat James Buchanan aus Pennsylvania mit den Stimmen aus den Südstaaten und einigem Zulauf aus dem Norden die Wahl.

Die Krise kommt

Der *Dred-Scott-Fall*

Für Präsident Buchanan konzentrierte sich die schwierige Lage der Nation in zwei bezeichnenden Problemen, der Entwicklung des *Dred-Scott-Falls* und den blutigen Schwierigkeiten in Kansas. Beide wurden durch die Sklavereifrage ausgelöst und trugen zu ihrer Verschärfung bei. Obwohl das Schicksal Dred Scotts zuerst einmal nur ihn betraf, gewann es durch sich allmählich entwickelndes aktives Interesse weiter Kreise bald nationale Bedeutung. 1834 war der Arzt John Emerson aus St. Louis in das Heer eingetreten und erst im Staat Illinois und dann im Wisconsin-Territorium stationiert worden. 1838 kehrte er nach Missouri zurück. Begleitet wurde er bei seinen verschiedenen Versetzungen von seinem Leibdiener Dred Scott. Scott war ein Sklave, den er im Jahre 1833 erworben hatte. Emerson starb 1843, und Scott sowie dessen Ehefrau Harriet und zwei Töchter gingen in den Besitz von Emersons Ehefrau Irene über. Scott versuchte, von ihr seine Freiheit zu erkaufen, doch sie ließ ihn an einen anderen Offizier der amerikanischen Armee aus. Daraufhin klagte Scott samt Ehefrau 1846 vor Gericht auf Freisetzung. Sie brachten vor, daß ihr Wohnaufenthalt in Illinois und im Wisconsin-Territorium sie frei gemacht habe. Beide Gebiete lagen nördlich der Demarkationslinie, die seit dem sogenannten Missouri-Kompromiß von 1820 die Sklaverei

auf die Südstaaten beschränkte. Auch waren beide Teil des sogenannten Nordwest-Territoriums, in dem der Kongreß bereits 1787 die Sklaverei ausdrücklich untersagt hatte.

Die Klage der Scotts, die sich dann über Jahre hinzog, entwickelte sich zu einer Affäre von schicksalhafter Bedeutung für das ganze Land. Letztlich ging es nicht nur um die Freiheit des Paares, sondern um die weitere Verbreitung der Sklaverei bei fortgesetzter Ausdehnung der Vereinigten Staaten und vollends um die Vollmacht des Kongresses zu entsprechender Gesetzgebung. Der Fall wurde zuerst vor einem lokalen Gericht in Missouri verhandelt, wo 1850 eine Jury Scotts Argument beipflichtete, daß sein Aufenthalt in einem sklavenfreien Staat und ebensolchem Territorium ihn frei gemacht habe. Sein Prozeßgegner, John Sanford, der als Bruder der Witwe Emersons deren Interessen vertrat, ging jedoch in die Berufung beim Obersten Gericht Missouris. Dieses entschied zwei Jahre später, daß in Missouri die Gesetze dieses Staates gelten würden und Scotts Rückkehr daher seinen Sklavenstatus bestätigte. Scott war inzwischen in den Besitz Sanfords übergegangen, der ein Bürger des Staates New York war. Scotts Anwälte konnten daher einen neuen Prozeß anstrengen, und zwar am Bundesgericht in St. Louis. Als dieses Gericht 1854 Scotts Verlangen ebenfalls nicht nachgab, gingen dessen Anwälte in Revision beim Obersten Gericht des Bundes in Washington. Nach vielerlei Verzögerungen kam damit der Fall *Dred Scott gegen Sandford* (ein Gerichtsschreiber buchstabierte den Namen des Beklagten falsch) im Februar 1856 vor das höchste amerikanische Gericht.

Daß es sich nicht um einen Fall von nur gewöhnlichem Interesse handelte, erhellte zu diesem Zeitpunkt schon das Kaliber der von beiden Seiten nun aufgetretenen Anwälte. Für Scott arbeitete unter anderen der Bruder eines Supreme-Court-Richters, der als einer der herausragendsten Rechtsanwälte des Landes galt. Gegen ihn argumentierten sowohl ein früherer Bundesjustizminister als auch ein Bundessenator aus Missouri. Blutige Unruhen in Kansas begleiteten das Verfahren und machten deutlich, daß die Sklavereifrage dringlich einer allgemeinen Regelung bedurfte. Präsident Buchanan fachte das Erwartungsfieber weiter an, als er in seiner Antrittsrede im März 1857 bemerkte, daß die bevorstehende Gerichtsentscheidung wohl eine endgültige Lösung des Sklavereidisputes bringen würde; er drängte dabei „alle guten Bürger“, wohlgenut das Urteil zu akzeptieren, wie immer es auch ausfalle.

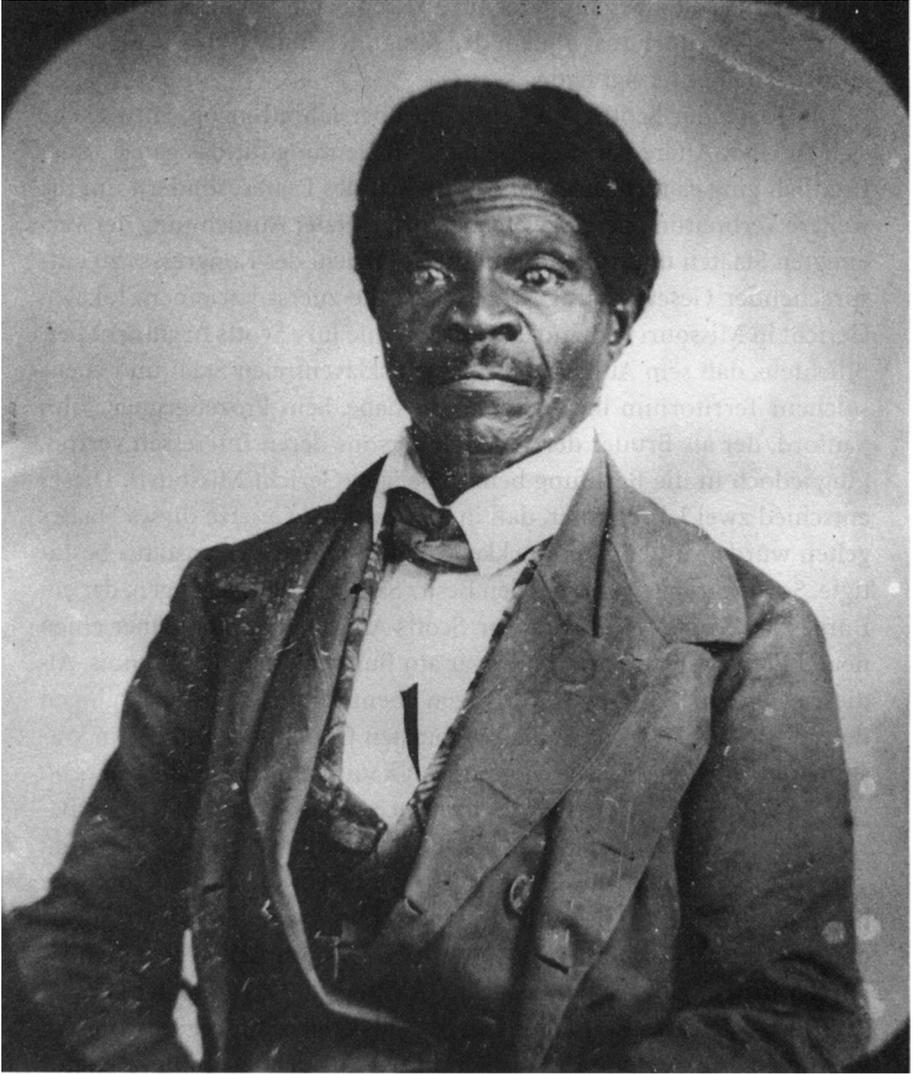


Abb. 1: Dred Scott

Buchanan, so glaubt man heute, wußte bei seiner Amtseinführung bereits dank persönlicher Verbindungen zu einigen der Richter, daß das Urteil über die Person Scotts hinausreichen und auf die Territorialproblematik eingehen würde; und er wußte, daß es jegliche Einschränkung der Sklaverei durch den Missouri-Kompromiß oder einen anderen Kongreßbeschuß für verfassungswidrig erklären würde. Wenn er somit darum bat, daß man im Lande die Gerichtsentscheidung guter Dinge annehmen solle, so sprach er sich für das Weiterbestehen der Sklaverei aus. Er verlangte nichts anderes als von den Republikanern, daß sie das Grundprinzip aufgeben würden, zu dessen Verwirklichung ihre Partei einige Jahre zuvor gegründet worden war. Und er verlangte Entsprechendes von denjenigen Demokraten, die wie der Demokratische Politiker Stephen A. Douglas für „popular sovereignty“ eintraten, also dafür, daß die Bevölkerung eines Territoriums die Sklavereifrage selbst entscheiden konnte.

Zwei Tage nach Buchanans Amtsantritt, am 6. März 1857, verkündete das Gericht sein Urteil. Es verwarf den Anspruch Scotts auf seine Freisetzung schon deshalb, weil er als Sklave keine Bürgerrechte besitze; kein Schwarzer, ob frei oder Sklave, sei Bürger der Vereinigten Staaten und könne somit auch nicht vor einem Bundesgericht klagen. Das Gericht hätte es bei diesem Befund belassen können. Doch es ging noch weiter, indem es Scotts zeitweiligen Aufenthalt in Illinois für irrelevant erklärte, da er nach Missouri zurückgekehrt sei; und sein zeitweiliger Wohnsitz im Wisconsin-Territorium habe ihn schon deshalb nicht frei machen können, weil das dort aufgrund des Missouri-Kompromisses geltende Verbot der Sklaverei verfassungswidrig sei. Der fünfte Verfassungszusatz verbiete es, argumentierte der aus dem Sklavereistaat Maryland stammende Gerichtsvorsitzende Roger B. Taney, jemandem sein Eigentum ohne vorheriges ordentliches und gesetzeskonformes Gerichtsverfahren wegzunehmen. Wenn ein Gesetz des Kongresses – und der Missouri-Kompromiß war ein solches – jemandem sein Eigentum nehme, nur weil er damit in ein bestimmtes Territorium ziehe, so verstoße dies gegen die Verfassung.

Diese Entscheidung des Gerichts wurde weithin kritisiert. Konkret wiesen manche darauf hin, daß Schwarze sehr wohl in einigen Staaten als Bürger anerkannt waren und daß Artikel IV, Abschnitt 2 der Verfassung besage, daß den Bürgern jedes Einzelstaates alle Rechte und Freiheiten der Bürger anderer Einzelstaaten zukämen. Allgemein wurde im Nor-